



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918

Deutsches Reich / Auswärtiges Amt

Berlin, 1924

Vorwort

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76957](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76957)

Vorwort

Das von der Reichskanzlei im Auftrage des Reichsministeriums im Juli 1919 herausgegebene und im Buchhandel erschienene Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes, Amtliche Urkunden“ ist vergriffen. Da die Nachfrage dringend geblieben ist, wurde eine Neuauflage notwendig, bei der zugleich die wissenschaftlichen Wünsche, die gegenüber der ersten Auflage geltend gemacht worden sind, berücksichtigt werden konnten.

Ueber den Gegenstand der Urkundensammlung enthielt die Vorbemerkung der ersten Auflage folgende Ausführungen:

„Die hier abgedruckten Aktenstücke beziehen sich auf die Zeit vom 14. August bis zum 11. November 1918. Sie geben die Beratungen und Verhandlungen wieder, die zwischen Regierung und Oberster Heeresleitung stattgefunden haben, nachdem diese auf Grund des militärischen Umschwunges im Juli und August 1918 zu dem Schlusse gekommen war, daß der Feind trotz der gewaltigen Leistungen unserer Heere nicht mehr durch einen Sieg zum Frieden genötigt werden könne . . .

Die Urkunden sollen ein objektives Urteil über die Verhandlungen zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Reichsleitung während der Liquidation des Krieges ermöglichen. Es ist daher alles aufgenommen worden, was in den genannten Akten an Aeußerungen der Obersten Heeresleitung gegenüber der Reichsleitung enthalten ist.“

Dieser Rahmen ist beibehalten worden. Es handelt sich also nicht um eine Sammlung aller Urkunden politischen, militärischen oder tatsächlichen Inhalts aus der fraglichen Zeitspanne überhaupt, sondern um die möglichst vollständige Erfassung derjenigen amtlichen Urkunden, die sich auf die amtlichen Beziehungen der Obersten Heeresleitung zu der Reichsregierung in der fraglichen Zeitspanne, auf die Beschlüsse der Reichsregierung und das ihr amtlich als Grundlage zur Verfügung stehende Material beziehen. Nur in diesem Rahmen konnte Vollständigkeit erstrebt werden, da die Zahl der Urkunden, die sich bei sämtlichen Armeen, bei allen Zivilbehörden oder Einzelpersonen befinden und auf die politischen und tatsächlichen Verhältnisse der genannten Zeitspanne Bezug haben, Legion ist, so daß sie sich niemals vollständig, sondern immer nur in einer mehr oder weniger subjektiven Auswahl erfassen lassen würden. In welcher Weise solche allgemeineren Sammlungen herausgegeben werden

und welche Stellen mit ihrer unparteiischen Zusammenstellung beauftragt werden könnten, ist eine noch offene Frage, deren Lösung erst nähergetreten werden kann, wenn die Ergebnisse des vom Reichstag eingesetzten Untersuchungsausschusses und die Arbeiten der ihr beigegebenen Sachverständigen vorliegen.

Eine Anzahl Lese-, Abschreibe- und Druckfehler der ersten Auflage konnte ausgemerzt werden. Einzelne Sätze oder Satzteile, die in der ersten Auflage aus außenpolitischen Gründen ausgelassen waren, wurden jetzt eingefügt, Auslassungen nicht zum Thema des Weißbuches gehörender Stellen gleichmäßig durch Auslassungszeichen bezeichnet. Absender und Empfänger sowie die Bezeichnung der Natur des Aktenstückes wurden in einheitlicher Weise eingesetzt, die Abgangs- und Ankunftszeiten, soweit sie feststellbar waren, angegeben. Von Sperrungen zum Zwecke der Erläuterung wurde grundsätzlich Abstand genommen, nachdem die Sperrung der für die Entschlüsse der Reichsregierung besonders bedeutungsvollen Stellen in der ersten Auflage wissenschaftlichen und politischen Einwendungen begegnet ist. Nur Sperrungen der Originalurkunden sind als solche genau wiedergegeben worden. So wurde ein archivalisch möglichst einwandfreies Bild des Aktextes gewonnen.

Besondere Sorgfalt wurde darauf verwandt, die sachliche Vollständigkeit der ersten Auflage nachzuprüfen. Hierbei sind insbesondere die Beanstandungen und Wünsche berücksichtigt worden, die nach dem Erscheinen der ersten Auflage hervorgetreten sind. Außerdem sind eine Reihe neuer Aktenstücke aus dem Auswärtigen Amt, der Reichskanzlei und dem die Akten der Obersten Heeresleitung verwahrenden Reichsarchiv aufgenommen, die in den Rahmen des Themas gehören. Außer dem schon in der ersten Auflage enthaltenen Notenwechsel mit den Vereinigten Staaten sind zur leichteren Uebersicht des Zusammenhanges auch die zwei Reden des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden vom 5. Oktober (Nr. 34a) und vom 22. Oktober (Nr. 75a) im Auszug eingefügt. Alle neu aufgenommenen Stücke (im ganzen 41) sind als solche bezeichnet. Sie werden hier mit einem kurzen Hinweis auf den Inhalt aufgeführt.

- Nr. 5: Oesterreichische Note (14. September).
- Nr. 9a: Bulgarien wird aufgegeben (1. Oktober).
- Nr. 10a bis e: Beurteilung der militärischen Lage durch die Oberste Heeresleitung am 2. August, 11., 15., 25. und 26. September.
- Nr. 11a: Mitteilung des Auswärtigen Amtes für das Große Hauptquartier über Vorbereitung der Anknüpfung mit Amerika (24. September).
- Nr. 34a: Reichskanzlerrede (5. Oktober).
- Nr. 35a: Erste Sitzung der Waffenstillstandskommission (7. Oktober).
- Nr. 36a, 49b, 60a, 62a, 62b, 66a, 70a, 76c, 86b bis e enthalten Nachrichten und Stimmungsberichte von Vertrauensleuten im Ausland vom 8., 15., 18., 19., 22., 14., 24., 28., 29. und 30. Oktober.

- Nr. 39a: Ludendorff rät von der Absendung von Telegrammen Hindenburgs an die Reichsregierung ab (10. Oktober).
- Nr. 39b: Reichskanzler dringt auf schnelle Beantwortung seiner Fragen über die voraussichtliche weitere Entwicklung der militärischen Lage (11. Oktober).
- Nr. 49a: Telegramm Hindenburgs an den Reichskanzler über Propaganda usw. (14. Oktober).
- Nr. 59a: Reichskanzler erklärt gegenüber Propagandavorschlägen der Obersten Heeresleitung, daß Stimmung in der Heimat von Klärung der militärischen und politischen Lage abhängig ist (18. Oktober).
- Nr. 59b: Oesterreich-Ungarns pessimistische Auffassung wirkt beschleunigend auf die deutschen Entschlüsse (18. Oktober).
- Nr. 59c: Lagebericht: Gegensatz zwischen Wilson und Foch. Oberste Heeresleitung empfiehlt Fortentwicklung der Wilsonschen Friedensaktion (18. Oktober).
- Nr. 66b: Äußerung der Obersten Heeresleitung zur Frage der politischen Verantwortung (22. Oktober).
- Nr. 75a: Reichskanzlerrede (22. Oktober).
- Nr. 76a: Anweisung der Obersten Heeresleitung für die Waffenstillstandskommission (23. Oktober).
- Nr. 76b: Armeebefehl Hindenburgs zu den Waffenstillstandsbedingungen in Wilsons letzter Note (24. Oktober).
- Nr. 79a: Botschafterbericht über die verzweifelte Lage in Oesterreich-Ungarn (27. Oktober).
- Nr. 86a: Oberste Heeresleitung versucht deutsche militärische Interessen beim Sonderfriedensschluß Oesterreich-Ungarns geltend zu machen (29. Oktober).
- Nr. 89a: Wiener Meldung über Versprechungen Kaiser Karls (30. Okt.).
- Nr. 96a: Schreiben Hindenburgs an den Reichskanzler über seinen Armeebefehl vom 24. Oktober (1. November).
- Nr. 96b: Protokoll über die Bestellung eines nicht militärischen Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission (2. November).
- Nr. 98a: Bericht über Stimmung im Ententelager (3. November).
- Nr. 102a: Die deutschen Kolonialsachverständigen machen auf die von farbigen Besatzungstruppen drohende Gefahr aufmerksam (7. November).
- Nr. 102b: Kriegsmüdigkeit der Stadt- und Landbevölkerung in Bayern (7. November).
- Beilage: Graf Hertling über die Verantwortlichkeit bei Friedensverhandlungen (12. Januar).

Eine Zeittafel, ein Urkundenverzeichnis und ein Namensregister werden die Benutzbarkeit der Sammlung erhöhen.

Wie für die erste Auflage, gilt auch für die neue, daß sie reichlicheres Material über die Ansichten der Obersten Heeresleitung als über die der Reichsregierung und namentlich des — damals noch allen anderen Ressortchefs vorgesetzten — Reichskanzlers gibt. Dies findet seinen natürlichen Grund in dem Verhältnis der beteiligten Behörden zueinander: die Reichsleitung mußte von den anderen Stellen alle Aufklärungen einholen, die eigenen Entschlüsse hatte sie aber nicht zu erläutern. Auf eine Hervorhebung der für die Entschlüsse der Reichsregierung wichtigsten Urkundenstellen durch den Druck ist jetzt aus den oben erwähnten Gründen verzichtet worden. Auch die in der Vorbemerkung zur ersten Auflage gegebene Zusammenfassung des Inhalts ist in die Neuauflage nicht übernommen worden, da sie durch Literatur und Forschung einerseits überholt, andererseits überflüssig geworden ist. Die wissenschaftliche Forschung wird in den amtlichen Urkunden ihre wichtigste Unterlage finden. Sie wird aber daneben noch andere Quellen berücksichtigen müssen.

Während die erste Auflage in einer amtlichen Folioausgabe und daneben in einer Handausgabe des Verlages herauskam (in der infolge eines Versehens des früheren Verlegers die letzten Korrekturen der amtlichen Ausgabe nicht berücksichtigt waren), erscheint die Neuauflage nur in dieser einen Handausgabe.

Berlin, im März 1924

Zur Beachtung*

Die Aufzeichnungen über die Sitzungen der Staatssekretäre (Nr. 35, 38, 39, 42, 54, 55, 58, 82, 86) haben zum Teil den Beteiligten nach der Sitzung nicht zur Durchsicht vorgelegen; es sind dienstliche Niederschriften, die in der Sitzung oder unmittelbar danach teils von dem Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, teils von dem Pressechef des Reichskanzlers, teils von einem Vortragenden Rat in der Reichskanzlei angefertigt worden sind. Sie können daher nicht wörtlich als zuverlässige Urkunden angesehen werden, geben aber den allgemeinen Gang der Verhandlungen richtig wieder. Eine bis ins einzelne gehende sachliche Zuverlässigkeit kann die Aufzeichnung über die große Sitzung vom 17. Oktober 1918 (Nr. 57) in Anspruch nehmen; sie ist auf Grund stenographischer Mitschrift sorgfältig aufgestellt und hat auch dem General Ludendorff vorgelegen.

* Bereits in der ersten Auflage enthalten